



*Transparency International –
Deutsches Chapter e.V.*

Rundbrief 26

2/2003

Inhalt:

thema: korruption und kommunen

Wie wird man korporatives Mitglied bei TI-Deutschland?

Korruptionsprävention in Kommunen

Portraits: Stadt Hilden und Stadtwerke Bonn

NC-Portrait: Libanon

nachrichten

Bericht zur Umsetzung der OECD Konvention in Deutschland

Exportkredite und Korruption

Anhörung zu WTO-Transparenzübereinkommen bei der EU Kommission

Jahresbericht der FIU Deutschland

US-Whistleblowergesetz bewährt

Zu wenig Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Deutschland

Berichte von der 11. Internationalen Anti-Korruptionskonferenz

TI nimmt Stellung zur Gesundheitsreform

Berichte vom Treffen der korporativen Mitglieder und der Vorstandssitzung

wissen

CORISweb online

TI stellt Korruptionsbarometer vor

literatur

US-Whistleblower-Gesetz bewährt

Bayer Corp. und Glaxosmithkline zahlen insgesamt 344 Millionen Dollar wegen Betrugs und Verstoßes gegen das US-Arzneimittelrecht

Die *Bayer Corp.* (US Unternehmen der Bayer AG) hat sich schuldig bekannt, *Medicaid*, das US Gesundheitsprogramm für Arme, vorsätzlich betrogen zu haben. Ein am 16. April geschlossener Vergleich sieht die Zahlung von insgesamt 256 Millionen Dollar durch *Bayer* vor – die höchste Strafzahlung wegen Missbrauchs im amerikanischen Gesundheitswesen, die jemals verhängt wurde.

Als Vertragspartner von *Medicaid* hatte *Bayer* sich dazu verpflichtet, dem staatlichen Gesundheitsprogramm Medikamente zu den jeweils günstigsten Preisen zu verkaufen, die es seinen Großabnehmern gewährt. 1995 hatte *Bayer* dem wegen seiner aggressiven Preisverhandlungen gefürchteten Pharmavertrieb *Kaiser Permanente* für das Antibiotikum *Cipro* einen Rabatt von 40% eingeräumt. Um diesen Preis nicht an *Medicaid* weitergeben zu müssen, hatte *Bayer* den Aufkleber des an *Kaiser* gelieferten Medikamentes geringfügig geändert, ohne dies der zuständigen Behörde zu melden. Es entstand somit fälschlicherweise der Eindruck, das an *Kaiser* gelieferte Medikament sei von *Cipro* verschieden und stamme von *Kaiser* selbst.

Diese gängige Praxis, in der Branche als "lick and stick", "Lecken und Kleben" bekannt, wiederholte *Bayer* wenig später mit dem Bluthochdruckmittel *Adalat CC*. *Medicaid* entstand dadurch ein Schaden von mindestens 100 Millionen Dollar.

Weil *Bayer* die Produktion von *Cipro* unter dem geänderten Namen nicht der zuständigen Behörde gemeldet hatte, wurde es am 9. Mai unter dem *Food, Drug and Cosmetics Act* zu einer Geldbuße von 5,6 Millionen Dollar verurteilt.

Für den Betrug an *Medicaid* muss das Unternehmen ferner dem Bund, 49 Staaten, und dem District of Columbia unter dem *False Claims Act* 251,6 Millionen Dollar an Zivilstrafe zahlen.

Ebenfalls am 16. April willigte das Pharmaunternehmen *Glaxosmithkline* (GSK) in die Zahlung von 87,6 Millionen Dollar wegen identischer Praktiken bei seinen Medikamenten *Paxil* und *Flonase* ein. GSK bekannte sich aber nicht schuldig, sondern sieht sich als Opfer "mehrdeutiger Aspekte" des *Medicaid Pricing Law*.

Beide Unternehmen wurden ferner dazu verpflichtet, ihre Compliance Programme so zu überarbeiten, dass die Praktiken zukünftig ausgeschlossen sind.

Die Ermittlungen gegen die *Bayer Corp.* waren durch einen "Whistleblower" in Gang gekommen. George Couto, Marketing-Manager bei *Bayer*, hat-

te 1999 nach einer hausinternen Ethik-Schulung zunächst seine Vorgesetzten informiert und eine Änderung der Praxis verlangt. Als keine Reaktion erfolgte, wandte sich Couto schließlich an die Behörden und verklagte das Unternehmen. Hier hat sich eine Einrichtung bewährt, die in den USA gesetzlich abgestützt ist: Informanten, die Betrug im Bereich des staatlichen Beschaffungswesens aufdecken, werden durch den *False Claims Act* geschützt und haben ein Anrecht auf einen Teil der Strafzahlungen. Der Beitrag des inzwischen 39-jährig verstorbenen Whistleblowers wurde so hoch eingeschätzt, dass die US-Regierung seinem Nachlaß die bislang einmalige Summe von 34 Mio. Dollar zugestand. Die Strafzahlungen kommen im übrigen weitestgehend dem staatlichen Gesundheitssystem zugute, das zuvor durch überhöhte Preise geschädigt wurde. Ermittlungen gegen zahlreiche weitere Unternehmen sind noch in Gange.

Auch in Deutschland bietet es sich an, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die Whistleblower ermutigen, schützen und belohnen

Werner Rügemer

Der **False Claims Act** (FCA) wurde 1863 in den USA erlassen und ist auch als Lincoln Law bekannt. Präsident Lincoln erließ dieses Gesetz, um skrupellosen Auftragnehmern im Bürgerkrieg zu begegnen, die z.B. Kanonenpulver Sägespäne beimischten. Nach diesem Gesetz kann jeder Bürger einen staatlichen Auftragnehmer zugunsten der Bundesregierung (des Staates) verklagen, wenn er glaubt, dass in einem staatlichen Vergabevertrag Betrug im Spiel ist. Der Gewinn aus einem solchen Vertrag geht im Erfolgsfall an den Fiskus, der Kläger darf aber 15 – 30 % für sich behalten. Der FCA schützt auch vor Maßregelungen (31 U.S.C. § 3730 (h)). Im Falle solcher Maßregelungen kann jeder Betroffene ein eigenständiges Verfahren gegen den Täter starten, wenn er an der Vorbereitung eines (erfolgreichen) Verfahrens nach dem FCA beteiligt war.

Björn Rohde-Liebenau

Nützliche Links zum Thema:

- <http://www.falseclaimsact.com/>
- <http://www.corporatecrimereporter.com/getnickinterview.html>
- <http://www.pcaw.co.uk>
- <http://www.ethikschutz.de>